Fraktion im Kreistag Gütersloh

Fraktionssprecherin
Helga Lange

Schultenstr. 6
33790 Halle (Westf.)
fon: 05201 828248
fax: 05201 665232
gruene@helga-lange.de

www.gruene-kreistagsfraktion.de

Haushaltsrede Kreistag 28.02.2011

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Wenn der Mensch nicht über das nachdenkt, was in ferner Zukunft liegt, wird er das schon in naher Zukunft bereuen.“ Diese 2500 Jahre alte Weisheit des Philosophen Konfuzius ist auch heute noch aktuell. Diese in die Zukunft gerichtete Sichtweise, heute würden wir es als Nachhaltigkeitsstrategie bezeichnen, sollten wir vor allem auch auf die Politik beziehen.

Da wäre zunächst der Finanzsektor. Ich erspare Ihnen und mir hier die vielfältigen Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungen, der Landschaftsumlage, der Wohngeldberechnung oder beim Bildungspaket darzulegen. Das haben Sie alles in den Vorlagen und ganz aktuell noch in einer Tischvorlage zur Genüge nachlesen können. Festzuhalten ist, die enorme Wirtschaftsstärke unserer Städte und Gemeinden führte im vergangen Jahr zu einer Belastung des Haushalts durch das Fehlen von Schlüsselzuweisungen, in diesem Jahr bewirkt die verschlechterte Steuerkraft das Gegenteil. Wir erfahren spürbare Entlastungen und können dennoch keinen ausgeglichenen Haushalt verabschieden. Aber wer kann das schon! Diese Achterbahnfahrt bei den kommunalen Finanzen, schlimmer als an den Aktienmärkten, verhindert eine zukunftorientierte Finanzplanung auf einer abgesicherten Grundlage. Das muss ein Ende haben. Wir benötigen eine transparente Überprüfung der Grunddaten für das GFG - da wird es auch zwangsläufig zu Lastenverschiebungen kommen, - aber Veränderungen während laufender Haushaltsberatungen sind nicht gerade hilfreich. Wenn wir dem Solidaritätsgedanken folgen, ist es richtig, dass die Kommunen, die besonders hohe Soziallasten zu tragen haben, entlastet werden. Seien wir doch froh, dass wir nicht mit so hohen Arbeitslosenzahlen zu kämpfen haben, wie viele andere Kreise. Was aber unbedingt und sofort aufhören muss, ist die Verlagerung von Kosten vom Bund auf die Kommunen und das gilt unabhängig davon, nach welcher Farbenlehre wir gerade regiert werden. Wenn das Konnexitätsprinzip nicht endlich konsequent angewandt wird, werden die kommunalen Haushalte kollabieren. Auf Mogelpackungen, wie beim Bildungspaket, dürfen wir uns nicht mehr einlassen.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen sind wir auch in diesem Jahr wieder in der Lage eine Nettoneuverschuldung im Wesentlichen zu vermieden. Wir sind zwar gezwungen, die Kreisumlage deutlich zu erhöhen, aber wir haben zu einem fairen Interessenausgleich mit unseren Kommunen gefunden und lassen die Haushaltsverbesserungen den Kommunen zu kommen.

Die grundsätzliche Ausrichtung des Haushalts ist solide und folgt in weiten Teilen einer nachhaltigen Finanzwirtschaft, so dass wir ihn mittragen.

Nachdem wir uns im vergangenen Jahr einer wahren Antragsflut konfrontiert sahen, gingen die Haushaltsberatungen in diesem Jahr eher geräuschlos über die Bühne. CDU und FDP mussten sich 2010 offensichtlich erst als neue Gestaltungsmacht organisieren und haben in diesem Jahr die große Konfusion etwas abgelegt, ebenso wie das planlose Erstellen von Anträgen. Vielen Dank dafür! Hilfreich war sicherlich, dass wir im vergangen Jahr anhand der Liste über die freiwilligen Leistungen wichtige Weichenstellungen vorgenommen haben und die Verwaltung diese Ansätze in der Regel fortgeschrieben hat. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wichtige Ansätze, die in 2010 durch die Mehrheit gestrichen wurden, tauchen allerdings nicht mehr auf. Das bedauern wir. Die Zukunft wird zeigen, ob wir dauerhaft auf diese Positionen verzichten können.

Erstaunt und erfreut haben wir registriert, dass eine Förderung der Dokumentationsstätte STALAG 326 wieder mehrheitsfähig ist und sogar für 2 Jahre gewährt wird. Endlich kommt die Einsicht, dass diese wichtige Arbeit, insbesondere auch die mit Kindern und Jugendlichen, unverzichtbar ist. Viele Jahre haben wir vergeblich darum gekämpft. Es ist nicht immer möglich mit den Klassen zu den weitentfernt liegenden Gedenkstätten zu fahren, warum auch, wenn wir Dokumente des nationalsozialistischen Terrorregimes hier vor Ort, in unserem Kreis vorfinden. Wir sehen in der Förderung auch eine Wertschätzung der jahrelangen, ehrenamtlichen, qualifizierten Arbeit, die nach wie vor die wichtigste Säule von STALAG 326 ist.

Durch die Fortschreibung der Liste freiwilliger Leistungen gab es keine Diskussion z. B. über den Ansatz der Musikschule oder für die Interdisziplinäre Frühförderung. Hier haben wir für Planungssicherheit gesorgt. Diese Planungssicherheit haben wir jetzt auch bei den Maßnahmen zur Familienplanung und für die Frauenberatungsstelle. Der Ansatz steht bis 2014. Gerade in diesen Bereichen darf Politik nicht kurzatmig sein, muss auf Kontinuität und Verlässlichkeit ausgerichtet sein. Das sind wir den Institutionen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schuldig. Das heißt nicht eine Dauerbezuschussung ohne Rechenschaftsbericht oder Wirksamkeitsüberprüfung.

Verlässlichkeit zeigt der Kreis Gütersloh auch, wenn es um das Böckstiegelerbe geht. Das Dach muss repariert werden, und wir stellen 86.000 € zusätzlich zur Verfügung. Diese Entscheidung musste jetzt fallen. Über einen Museumsneubau allerdings müssen wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht entscheiden. Wir stehen auch hier zu unserer Verantwortung dem Erbe gegenüber, aber auch zur Verantwortung gegenüber unseren Städten und Gemeinden. Wir erwarten einen konstruktiven Diskussionsprozess mit allen Beteiligten, über alle denkbaren Alternativen ohne Denkverbote und hoffen auf eine breit getragene Lösung.

Mit diesem Haushalt und seinen Ansätzen übernehmen wir insbesondere auch für die Menschen Verantwortung, die unserer Unterstützung besonders bedürfen. Wie in der Vergangenheit müssen wir im Bereich Arbeit und Soziales eine Steigerung des Zuschussbedarfs verkraften. Verursacht wird dies fast ausnahmslos durch Pflichtaufgaben, die nicht, bzw. kaum durch politische Entscheidungen im Rahmen von Haushaltsberatungen gesteuert werden können. Den unzweifelhaft größten Schritt zu einer von uns politisch gestaltbaren Aufgabenwahrnehmung werden wir gemeinsam machen können, wenn unser Antrag auf OPTION für die Aufgabenwahrnehmung gemäß SGB II positiv beschieden wird. Für diese zweifelsohne große Aufgabe sehen wir den Kreis Gütersloh gut gerüstet. Wir sollten gemein-

sam unsere Bewerbung nach Kräften unterstützen. Vielen Dank an Alle, die diesen umfangreichen Antrag mit hoher Fachkompetenz und viel Engagement erarbeitet haben. Dafür mussten viele Überstunden geleistet werden. Aber auch im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde in vielen Abteilungen Mehrarbeit geleistet, das wissen wir zu schätzen. Herzlichen Dank, auch für die konstruktive Zusammenarbeit.

Zurück zum Haushalt.
Eine weitere große Aufgabe im Bereich Soziales verbirgt sich im Produkt 183 – Hilfen bei Behinderung. Die UN-Behindertenkonvention bekräftigt das Grundprinzip der selbstbestimmten und gleichberechtigten Teilhabe. Das müssen wir umsetzen. In den Erläuterungen zum Haushalt ist zu lesen:“ Die UN–Behindertenkonvention wird ihr übriges bewirken“. Herr Vincke hat in der Haushaltsberatung darauf hingewiesen, dass wir diesen Satz als Aufforderung verstehen. Als Aufforderung uns umfassend und Fachbereichsübergreifend damit auseinander zu setzen, wie wir INCLUSION im Kreis Gütersloh gestalten wollen, wie wir unser Gemeinwesen darauf vorbereiten, dass es zukünftig keinen Grund mehr gibt, Menschen auszugrenzen und einer Sonderbehandlung zuzuführen. Eltern im Kreis Gütersloh fordern den gemeinsamen Unterreicht für ihre Kinder bereits ein.

Wir werden diesbezüglich eine Diskussion auch mit den Betroffenen und den Städten und Gemeinden anstoßen, die evtl. vergleichbar mit der Diskussion um den Familienbericht und die daraus entstandene Erfolgsgeschickte unserer Familienzentren ist.

Das wir im Kreis Gütersloh hier noch viel zu tun haben, lässt sich auch daran ablesen, dass wir erneut und mit Abstand auf dem allerletzten Platz im Vergleich der Kreise und Kreisfreien Städte unter dem Dach des LWL bezüglich der Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderungen sind. Nicht einmal 3,5% erreichen wir als Quote in der Verwaltung des Kreises. Das ist nicht einmal die Hälfte des Landesdurchschnitts. Gleichzeitig gibt es 977 Menschen mit Schwerbehinderung, die im Bereich unseres Arbeitsamtsbezirks Arbeit suchen. Arbeit genug gibt es, zumindest, wenn wir die Bearbeitungszeiten so mancher Anträge auf ein normales Maß verkürzen wollen, wie es die SPD in ihrem unterstützenswerten Antrag eingefordert hat.
Wir brauchen im Kreis Gütersloh eine mittel- und langfristige INCLUSIONS-Strategie, die sowohl die üblichen Bereiche KiTa, Schule, ambulante und stationäre Wohnformen, als auch barrierefreies Bauen, Verkehr/Mobilität, ärztliche Versorgung und komplementäre Angebote zur Teilhabe in den Blick nimmt. Nutznießer werden nicht nur Menschen mit Behinderungen sein, sondern alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises Gütersloh.

Nur wenige werden Nutznießer sein der zusätzlichen 20.000 € für die „Bedarfsprüfung für den Flugbetrieb auf dem Flughafen Gütersloh“, so der Antrag von CDU/FDP. Es sollten laut Antrag Gespräche geführt werden. Die aber lösen keine kosten aus. Der Landrat stellt die besagten 20.000 € ein und nennt den Ansatz dann allerdings „zukünftige Nutzungsmöglichkeiten des Flughafengeländes“. Klar ist, dass diese Mittel als 20%iger Anteil des Kreises GT in der Flughafengesellschaft gedacht sind. Und damit ist auch klar, dass die Prüfung des Flugbetriebs geplant ist. Für uns ist genauso klar, dass wir diese Überprüfung für überflüssig halten und nicht bereit sind, 20.000 € für etwas bereit zustellen, für das ein Ergebnis bereits vorliegt. Es gibt bereits ein Gutachten der Stadt Gütersloh, dass zu einem eindeutigen Ergebnis kommt: (Anführungsstriche unten, ich zitiere aus „Machbarkeitsstudie der gpa Goebel Projektsteuerung Airport Consulting. Ich bin nicht sicher, ob das jetzt wissenschaftlich korrekt zitiert ist, aber die Ansprüche sind ja seit ein paar Tagen etwas verrückt) „Für solch einen

Flugplatz für den Geschäftsreiseverkehr belaufen sich die geschätzten Investitions- und Planungskosten auf ca. 14,8 Mio. € sowie die jährlichen Kosten für den laufenden Betrieb auf ca. 1,8 Mio. €, die jährlichen Einnahmen betragen ca. 0,4 Mio. €." Wir müssen da nichts mehr untersuchen, das ist für uns eindeutig!

Wir sind allerdings der Auffassung, dass uns mit dem Abzug der Briten eine große Gestaltungsaufgabe zu fällt, die erhebliche Chancen beinhaltet. Wir sollten uns unter Einbeziehung aller Beteiligten mit viel Kreativität der Frage widmen, wie können wir die großen Konversionsflächen unter ökonomischen und ökologischen Aspekten einer sinnvollen, zukunftsfähigen Nutzung zuführen. Für diese Aufgabe wären wir auch bereit Mittel in die Hand zu nehmen, aber eben nur dafür. Das ist allerdings nicht die Aufgabe der Flughafengesellschaft, sondern vornehmlich die der Stadt Gütersloh und auf Seiten des Kreises die der proWirtschaft GmbH und der Abteilung Kreisplanung.

Die Abteilung Umwelt beschäftigt sich schon seit längerem mit dem Thema Flächenverbrauch und den damit eng verbundenen Fragen der demografischen Entwicklung. Vor allem auch vor dem Hintergrund Konversion muss es uns gelingen, den Flächenverbrauch drastisch zu senken und die Ausweisung auf der grünen Wiese zu vermeiden. Die Ressource Boden ist endlich, eine Binsenweisheit, aber die notwendigen Konsequenzen werden bisher nicht gezogen.

Wir müssen uns aber nicht nur um die bebauten Flächen verstärkt kümmern, sondern auch um die unbebauten. Im Umweltausschuss wurde über den gravierenden Artenrückgang insbesondere im Grünlandbereich diskutiert. Es ist erschreckend, in welchem Ausmaß die Natur auf dem Rückzug ist. Geschütze Biotope sind in einem erheblichen Umfang nicht mehr schützenswert. Diese Entwicklung wird uns bereits in naher Zukunft einholen, wenn wir nicht geeignete Maßnahmen ergreifen. Das Artenschutzhandbuch wird uns hoffentlich Handlungsoptionen zum Umsteuern aufzeigen.

Die Gefährdung von 45 Prozent der Tier- und Pflanzenarten ermahnen uns zu mehr Verantwortung im Umgang mit Flächenverbrauch und zu einem Umdenken in der Landwirtschaft. Mit dieser Herausforderung dürfen wir die Landwirte aber nicht alleine lassen. Wir können uns die Zerstörung von Lebensräumen und den Eintrag von zu vielen unerwünschten Stoffen in die Umwelt nicht mehr erlauben. Artenvielfalt bedeutet Reichtum und es ist unsere Pflicht, diese für die kommenden Generationen zu erhalten.

Ein wesentlicher Faktor beim Flächenverbrauch ist zweifelsfrei der Straßenbau, vor allem der unsinnige Neubau. Unsere Haltung zum Bereich Straßenneubau ist seit Jahren unverändert. Sanierung ja, Neubau nein, K 34 nein, Radweg ja, Querspange nein. Aber das können Sie in meinen Haushaltsreden von 2010, 2009, 2008 usw. nachlesen. Nichts Neues!
Bis auf den Grünen Weg, die K 49! Endlich hat es diese Straße aus dem Alternativ- ins Hauptprogramm geschafft. Endlich kann hier der dringend notwendige Radweg gebaut werden, auch wenn zunächst noch eine kleine Lücke bleibt, weil der Egoismus eines Grundeigentümers noch nicht überwunden ist. Endlich kann hier der Schulweg gesichert werden. Aber ich sage auch, der Standard dürfte aus unserer Sicht ruhig etwas bescheidener ausfallen, als wir ihn bei dem bereits ausgebauten Abschnitt vorfinden. Bei immer knapper werdenden Mitteln, muss der Ausbaustandard dringend auf den Prüfstand, das wäre nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch sinnvoll.

Sehr unerfreulich im Zusammenhang mit unseren Kreisstraßen ist der Übereifer einer Kommune, die glaubt eine tolle Einnahmequelle zur Sanierung ihres Haushalts gefunden zu haben.
Es ist geradezu grotesk, wenn Kommunen die Reinigung des Regenwassers, das auf „ihren" Kreisstraßen anfällt, dem Kreis in Rechnung stellen und der Kreis es wieder über die Kreisumlage bei allen Kommunen eintreibt. Selbstverständlich werden jetzt alle Kommunen beim Kreis vorstellig und stellen Rechnungen aus. Hier bleibt die Solidarität endgültig auf der Strecke. Das Prinzip linke Tasche, rechte Tasche darf nicht Einzug halten und die Verwaltungen mit irrsinnigen Aufgaben belasten. Da wiehert der Amtschimmel. Diese Entwicklung tut uns allen nicht gut.

Der Gedanke der Solidargemeinschaft droht in letzter Zeit im Kreis Gütersloh mächtig unter die Räder zu kommen. Erst Verl, jetzt Rheda-Wiedenbrück und bei vielen anderen Kommunen steht mittlerweile das eigene Jugendamt auf dem Prüfstand.
Wenn eine Kommune auch nur einen geringen finanziellen Vorteil sieht, wird er genutzt. Da werden auf Kosten der Nachbarn eigene Jugendämter errichtet, um nur nicht als Nettozahler die Solidargemeinschaft zu stärken. Das sehen wir mit Sorge, denn je kleiner eine Kommune, desto schwerer ist ein angemessener Standard, eine ausreichende Fachlichkeit und eine sichere Versorgung zu gewährleisten. Aber gerade im Bereich der Jugendhilfe muss die bedarfsgerechte Unterstützung das Maß sein. Die Risiken sind unkalkulierbar und es gibt keinen Weg zurück! Die Probleme in Königswinter sollten eine eindeutige Warnung sein.

Dieser Entwicklung sollten wir nicht tatenlos zusehen, - da sind wir uns mit der CDU einig - sondern Konzepte gemeinsam mit den Städten und Gemeinden entwickeln, die es attraktiv machen, in der Solidargemeinschaft zu verbleiben. Ein wesentlicher Punkt für die Abwanderungsbestrebungen ist neben den Finanzen die größere Ortsnähe, sowie die intensive Verzahnung von Jugendhilfe und Schule.
Wir wollen erreichen, dass die Kooperation an den Schnittstellen der Hilfesysteme noch intensiver wird. Das gilt auch für die Vernetzung der Familienzentren mit den frühen Hilfen und für eine verstärkte Kooperation von Jugendhilfe, Schulsozialarbeit, Psychiatrie sowie dem Bereich Arbeit und Soziales. Hierzu sollten wir Lösungen erarbeiten, um dieses auch zwischen Kreisjugendamt und Kommune noch besser zu gewährleisten. Von so einem Gesamtkonzept können wir dann vielleicht auch die abwanderungswilligen Kommunen überzeugen.

Wie wichtig und hilfreich eine gute Kooperation im Bereich der Jugendhilfe ist, sehen wir beim inzwischen flächendeckend eingeführten Besuchsdienst. Als ersten Schritt hin zu einem lückenlosen Frühwarnsystem scheint sich dieses niederschwellige Angebot früher Hilfen zu bewähren. Eine Evaluation steht noch aus, aber die positiven Rückmeldungen sagen uns, wir sind auf dem richtigen Weg. Da der Besuchsdienst einmalig erfolgt und die nächste institutionelle Möglichkeit im Frühwarnsystem erst in der Kita oder vergleichbarer Betreuung gegeben ist, sehen wir die Notwendigkeit, für dieses Lebensalter der Kinder eine weitere Möglichkeit im Bereich der frühen Hilfen zu schaffen. Die Familienhebamme soll als erweitertes Angebot als Pilotprojekt in einer noch zu benennenden Kommune eingerichtet werden. Auf Bundesebene wird genau in diese Richtung geplant.

Je früher wir Hilfebedarfe aufspüren und die Familien unterstützen, desto erfolgreicher können die Maßnahmen wirken. Das Feststellen individueller Förderbedarfe von Kindern beim Eintritt in eine Tageseinrichtung ist ein weiterer Baustein, bereits mit dem Haushalt 2009 auf den Weg gebracht, ist endlich in der Umsetzung. Erste Ergebnisse wird es im Sommer geben. Prävention ist auch hier letztlich das effektivste Sparmodell.

Am Gesamtkonzept Schulentwicklungsplanung sind wir in diesem Jahr ein gutes Stück vorangekommen. Endlich! Die CDU kreißte und gebar einen Antrag, der die Vorgaben des Gutachtens zum Inhalt hatte. Nicht ganz, denn das Streichen des Flurs wurde nicht gutachterlich empfohlen. Wir sind sicher, das hätte die Verwaltung auch ohne Antrag erkannt.
Nun sollen die Friseure doch nach Halle! Eine gute Entscheidung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt müssen wir aber auch unsere Versprechungen wahrmachen und für eine bedarfsgerechte, moderne Ausstattung sorgen, damit auch weiterhin auf hohem Niveau ausgebildet werden kann.
Auch die Schulsozialarbeit kann jetzt endlich verlässlich an allen Berufskollegs arbeiten. Die Stellen sind entfristet und somit langfristig gesichert. Ebenfalls eine gute Entscheidung!

Alle haben erkannt, Bildung ist der Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg. Deshalb investiert der Kreis Gütersloh seit Jahren erhebliche Mittel in den Übergang Schule und Beruf, um unseren jungen Menschen alle Chancen zu eröffnen erfolgreich eine Ausbildung zu absolvieren und dann auch in eine Erwerbstätigkeit zu gelangen. Wir haben in den vergangenen Jahren viele Maßnahmen beschlossen, alle mit dem Ziel, Versagensbiografien bei den jungen Menschen zu vermeiden und ihnen reelle Chancen zu eröffnen. In naher Zukunft droht ein erheblicher Fachkräftemangel und wir müssen alles tun, um alle jungen Menschen zu qualifizieren und sie zu möglichst hochwertigen Abschlüssen zu führen. Nur so können sie der Hartz IV – Falle entgehen. Unsere jungen Menschen wollen Ausbildung, Arbeit, Auskommen und Lebensqualität. Das wollen wir ihnen ermöglichen.

Oder sind das nur Sonntagsreden? Wollen wir das wirklich, für alle Jugendliche? Oder machen wir Ausnahmen, wenn es sich um Flüchtlinge handelt? Warum schicken wir Jugendliche, wie am 9.Februar geschehen, die hoch motiviert, schulisch wie außerschulisch bestens integriert, Vorbilder für ihr soziales Umfeld sind und keinen anderen Wunsch haben, als in unserer Gesellschaft zu leben und zu arbeiten, in die Heimat ihrer Eltern, in der sie nie gelebt haben, die sie nicht akzeptieren? Weil die Eltern diese Qualitäten nicht haben, nicht integriert sind und kein Zugewinn für unsere Gesellschaft sind. Warum haften Kinder für ihre Eltern? Warum zerstören wir so erfolgversprechende Biografien? Warum erkennen wir nicht die Potentiale, die diese Jungendlichen mitbringen, welchen Wert sie in Zukunft für unsere älter werdende Gesellschaft haben könnten? Wer wird denn in ferner Zukunft oder sogar in naher Zukunft die Fachkräfte stellen, das Pflegepersonal, die Krankenschwester, wenn nicht diese engagierten Jugendlichen?
Es sind auf der einen Seite unsere inhumanen Gesetze, aber auf der anderen Seite auch die mangelnde Bereitschaft den Ermessensspielraum, der durch einen neuen Erlass erweitert wurde, großzügig auszuschöpfen. Der 9. Februar wird für mich unvergessen bleiben, die Tränen, die Bilder der Verzweiflung und Wut und meine eigene Ohnmacht. Da passt es ins Bild, dass das Projekt „BleiB im Kreis Gütersloh“ keine Mehrheit fand.

„Wenn der Mensch nicht über das nachdenkt, was in ferner Zukunft liegt, wird er das schon in naher Zukunft bereuen.“ Wenn wir nicht über die Folgen der demografischen Entwicklung, die Auswirkungen des Klimawandels, des Artensterbens, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, eine nachhaltige Finanzwirtschaft heute nachdenken, dann wird uns das in naher Zukunft einholen. Das aber können wir vor den nachfolgenden Generationen nicht verantworten.

.